

Mittwoch 13. MÄRZ 2024

www.wnoz.de

Quote für 2023 ist vielerorts nicht erfüllt

Unterbringung von Flüchtlingen: Die Kommunen stoßen an ihre Belastungsgrenzen. Ein Überblick über die aktuelle Situation

Von Verena Müller

Region. Die Unterbringung von Flüchtlingen ist keine leichte Aufgabe und viele Kommunen stoßen an ihre Belastungsgrenzen. Viele haben noch nicht einmal die Quote von 2023 erfüllt – und schon neue Zuweisungen für 2024 bekommen. Wir haben uns in den Städten und Gemeinden in der Region umgehört: Wie viele Geflüchtete wurde schon aufgenommen? Wie viele müssen mitelfristig untergebracht werden – und welche Herausforderungen gehen mit den Zuweisungen einher?

Anstrengungen in Weinheim

434 geflüchtete Männer, Frauen und Kinder sind aktuell schon in Weinheim untergebracht. „Wir haben noch eine Erfüllungsquote für 2023 von 131 Menschen, im Jahr 2024 beträgt sie laut Rhein-Neckar-Kreis weitere 212 Personen. Wir pflegen ein sehr verlässliches Verhältnis mit dem Rhein-Neckar-Kreis, sodass der Kreis auf die Fertigstellung weiterer Unterkünfte Rücksicht nimmt und abwarten kann“, sagt Weinheims Pressesprecher Roland Kern. Im Moment gibt es die in den Jahren nach 2015 gebauten Unterkünfte am Seeweg, in Hohensachsen am Steinweg, in Lützelssachsen am Sportplatz Sandloch, in der Händelstraße, in der Stettiner Straße, in Oberflockenbach, die Unterbringung Bergstraße 204, in der Gleiwitzer Straße sowie in der früheren Jugendherberge, sowie dezentral in weiteren Unterkünften. „Weitere Unterkünfte werden gerade ausgebaut und können demnächst zur Verfügung gestellt werden“, so Kern.

Die frühere Johann-Sebastian-Bach-Schule in der Weststadt soll künftig 40 Personen eine Unterkunft bieten, aktuell werden finale Arbeiten vorgenommen. Der Umbau der früheren Albert-Schweitzer-Schule läuft noch, später sollen dort circa 90 Personen unterkommen. Die weiteren Container im Gorbheimer Tal sind nahezu fertig und bieten Platz für 40 Personen.

Die Stadt Weinheim hatte außerdem die Kampagne „Vermiete doch an deine Stadt“ gestartet, um gezielt Vermieter und Immobilienbesitzer anzusprechen. „Bislang haben sich



Die Unterbringung von Geflüchteten stellt die Kommunen an der Bergstraße und im Odenwald aktuell vor große Aufgaben. Unser Bild entstand 2015 bei der Belegung des Hemsbacher Seehotels. ARCHIVBILD: ALEXANDER SCHEUBER

etwa 20 Interessenten gemeldet und Immobilien zum Mieten oder zum Kauf angeboten. Mit den ersten zwei, drei steht unser Ordnungsamt in konkreten Verhandlungen“, sagt Kern. Im Haushalt 2024 ist eine erste Rate für einen Neubau Am Schleimweg in Sulzbach vorgesehen. Die Pläne für eine Flüchtlingsunterbringung auf dem Gelände des Werner-Heisenberg-Gymnasiums in der Friedrichstraße hingegen kommen aktuell auf den Prüfstand.

Auch in Hemsbach fehlen Plätze

In Hemsbach wird die Unterbringung von Geflüchteten am Montag (18. März) Thema in der Gemeinderatssitzung sein. Die Flüchtlingsunterkünfte in Hemsbach sind derzeit zu 90 Prozent belegt, heißt es in der Sitzungsvorlage. Rein rechnerisch müssen aus der Zuweisung 2023 noch elf Personen untergebracht und für 2024 aktuell 44 Personen aufgenommen werden. Ende September fällt dann auch noch die Unterbringungsmöglichkeit in der Uhlandsschule weg, was eine erneute Unterbringung von knapp 80 Geflüchteten notwendig macht. Unterm Strich fehlt für 119 Personen

Platz zur Unterbringung. Am Montag soll deshalb über Standorte für eine Containeranlage entschieden werden.

Rückstand in Laudenburg

Zum Stichtag 31. Januar waren in Laudenburg 90 Geflüchtete in der Anschlussunterbringung der Gemeinde untergebracht. „Für das Jahr 2024 müssen wir noch einen Rückstand aus 2023 von 33 Personen unterbringen sowie 35 weitere Personen“, sagt Bürgermeister Benjamin Köpfe. Wie der Rückstand entstanden ist? „In Laudenburg haben wir keine zentrale Unterbringung, sondern mieten privaten Wohnraum für die Geflüchteten an. Doch die Nachfrage ist deutlich größer als das Angebot“, sagt Köpfe.

Denkt man im Rathaus nun doch darüber nach, zum Beispiel eine eigene Flüchtlingsunterkunft zu bauen? „Wir haben in Laudenburg nicht die notwendigen Flächen – und schon gar nicht in kommunalem Eigentum.“

Außerdem halte ich eine zentrale Unterbringung von Geflüchteten in einem kleinen Ort wie Laudenburg nicht für wünschenswert, da es sie

Integration erschweren würde“, so Köpfe.

Hirschberg auf der Suche

Aktuell sind in Hirschberg an der Bergstraße 114 Personen untergebracht. Im Jahr 2024 müssen noch 49 Personen untergebracht werden. Wie und wo werden sie untergebracht? Die betroffenen Personen werden in gemeindeeigenen und in angemieteten Wohnungen untergebracht, heißt es aus dem Hirschberger Rathaus. Deshalb ist Hirschberg weiterhin auf der Suche nach Wohnraum für die Unterbringung von geflüchteten Menschen. „Aufgrund der angespannten Situation auf dem Wohnungsmarkt ist die Herausforderung groß. Aber hier würden auch schon Fortschritte erzielt. Aktuell leben von den 114 in Hirschberg unterbrachten Personen 54 in angemieteten Wohnungen“, sagt Frank Besendorfer, der in Hirschberg das Hauptamt leitet.

Container in Birkenau

Auch der Bürgermeister von Birkenau, Milan Mapplassary, hat sich vor Kurzem in der Gemeindevertretung zur Situation geäußert. „Derzeit ha-

ben wir 66 Personen untergebracht. Mit der Fertigstellung weiterer Mietobjekte rechnen wir mit einer Unterbringung von mindestens 14 weiteren Personen im Laufe des Monats März“, sagte Mapplassary. Zudem haben sich aktuell wieder einige potenzielle Vermieter bei der Gemeindeverwaltung gemeldet – es sollen Besichtigungs- und Besprechungstermine stattfinden. Der Kreis Bergstraße habe mitgeteilt, dass die Aufnahmequote im ersten Quartal 2024 ausnahmsweise bei 14 Personen liege. Unter Berücksichtigung der bisherigen Aufnahmen habe die Gemeinde Birkenau also dafür zu sorgen, noch insgesamt 33 Menschen unterzubringen. Nachdem die Leistungsbeschreibung für die Aufstellung der Container versendet wurde, sei nun die Angebotsabgabe beziehungsweise die Submission für den 29. Februar vereinbart worden. Geplant sei, der Gemeindevertretung das Angebot im Optimalfall bei der Sitzung am 19. März vorzulegen. Bindefrist beziehungsweise Auftragsvergabe solle Ende April sein. „Wir rechnen damit, dass die Container gegen Ende des Sommers bezugsbereit sind“, sagte Mapplassary.